

# Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:  
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29  
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77  
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 13 30, Telefax 258 18 39  
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39  
Abonnementpreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz  
Fr. 1.50  
b.Fr. 60.— Lit. 2200.— s.Kr. 12.—  
d.Kr. 12.— I.Fr. 45.— Pu. 200.—  
DM 2.50 h.Fr. 3.25 Kan. Inseln  
Fr. 10.— n.Kr. 13.— Pu. 225.—  
Dr. 260.— OS 20.— U 6000.—  
£ 0.90 Esc. 240.— Fl. 90.—

## Auf dem Weg zu neuen Grenzen in Osteuropa

Weder die Peitsche noch das Zuckerbrot haben gewirkt; Mahnungen der Europäischen Gemeinschaft an die südslawischen Nationen, der Wink Staatssekretär Bakers mit dem Zaunpfahl, Jugoslawien könne nur als einheitlicher Staat mit westlichem Bestand rechnen, haben Kroatien und Slowenien nicht davon abgehalten, den entscheidenden, aus dem Staatsverband hinausführenden Schritt zu tun. Aus Zagreb und Ljubljana ertönt an die westlichen Adressen vielmehr die vorwurfsvolle Erwiderung, die Forderung nach Bewahrung der jugoslawischen Einheit missachte das auch für Kroaten und Slowenen geltende Recht auf Selbstbestimmung; und sie zeuge von Unkenntnis der Geschichte.

In der Tat. Wenn Erfahrung auf dem Balkan etwas lehrt, so ist es die Erkenntnis, dass ethnisch-sprachliche Verwandtschaft als die Grundlage staatlicher Gemeinsamkeit – die Idee war ursprünglich ein Kind der Romantik – eine ungleich schwächere Kraft ist als die von unterschiedlichen historischen Fügungen geprägte Eigenart von Nationen. Dass die kommunistische Diktatur in Kroatien und Slowenien unwiederbringlich weggefegt worden ist, in katholischen Regionen, die seit dem Hochmittelalter zu westlich ausgerichteten Reichen gehört hatten, entspringt gewiss ebensowenig einem Zufall wie die Resistenz nationalistischer verbrämter KP-Macht in Serbien, einem orthodoxen und vom türkischen Joch erst im späten 19. Jahrhundert endgültig befreiten Land. Mit welcher Gewalt historisches Erbe sich meldet, erfährt zurzeit selbst die Tschechoslowakei, wo innerstaatliche Spannungen letztlich auf die Tatsache zurückgehen, dass die Slowakei einst zur östlichen, Böhmen und Mähren aber zur westlichen Hälfte der Donaumonarchie gehört haben.

Welche Wirren auch bei der Verteilung der jugoslawischen Erbmasse noch bevorstehen

mögen, gewiss ist, dass man sich auf der europäischen Landkarte an einige neue Grenzen wird gewöhnen müssen – nicht nur auf dem nördlichen Balkan. Die Aufzählung in der engeren Nachbarschaft – unter Erwähnung Mazedoniens, vorab aber Kosovos – lässt sich fortsetzen. Und wenn Rumäniens Ausssenminister mit Blick auf die Sowjetmoldau vor einem protestierenden Parlament beteuert, Bukarest wolle sich mit dem Bestand zweier rumänischer Staaten abfinden, so fällt es schwer, darin etwas anderes zu sehen als eine zur Stunde opportune Beschwichtigung. Am nordwestlichen Rand der UdSSR erscheint aber die Rückkehr der baltischen Republiken in die Familie unabhängiger Staaten nur noch als eine Frage der Zeit, ob nun ihre Wiedergeburt das Ergebnis sowjetischen Zerfalls oder des friedlich zugestanden Austritts aus einer erneuerten Union sein wird.

Französische, britische und amerikanische Staatsmänner, die Sieger im Ersten Weltkrieg, haben seinerzeit die neuen mittel- und osteuropäischen Grenzen gezogen. Sie begründeten Nationalstaaten, unter ihnen manch einen, der ethnisch keineswegs rein war; und bei ihrer Unkenntnis der Region schufen sie auch schwere Rivalitäten, bis heute nachwirkende innere und äussere Territorialkonflikte, viel Minderheitenelend, stifteten allgemein Unfrieden, dessen Nutznießer später Hitler hiess. Die aus der Sowjetunion in der Schlussphase des Kriegs zurückrollende Welle der von Nazideutschland ausgelösten Flut überspülte dann die östliche Hälfte des Kontinents; ob als Komplize des Dritten Reichs 1939/40 oder als Triumphator über den «Faschismus» 1945, Moskau sicherte sich in beiden Fällen Stücke der territorialen Beute.

Dies ist Vorgeschichte der politischen Landkarte Ostmitteleuropas, wie sie uns heute vorliegt. Dass es sich dort mehrheitlich um Länder handelt, die wie in Westeuropa von ihren historischen Voraussetzungen und Bevölkerungsstrukturen her saturiert und im Gleichgewicht sind, lässt sich weder behaupten noch erwarten. Schwelende Konflikte, jahrzehntelang von Moskaus schwerer Hand oder – wie in Jugoslawien – vom Einparteiensstaat zugeeckt, brechen jetzt auf. Westliche Weisheit hat sich angesichts dieser Entwicklung bisher in der Wiederholung einer stereotypen Formel erschöpft: die bestehenden Grenzen seien unbedingt zu achten und die Rechte der nationalen Minoritäten zu gewährleisten.

Welche Sprengkraft in der Tat Minderheiten im Verhältnis von Nachbarn zukommen kann, zeigen zurzeit mit erschreckender Klarheit die Auseinandersetzungen um die in Kroatien wohnhaften Serben, Kämpfe, denen bereits vor der Ausrufung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeit Merkmale eines Bürgerkriegs anhafteten. Doch um die Proportionen zu wahren: Belgrads laut verkündeter Vorsatz, man werde nicht zulassen, dass 600 000 Serben ausserhalb des eigenen Staatsgebiets verblieben, muss in rumänischen und ungarischen Ohren wie ein Hohn klingen; denn je rund drei Millionen Rumänen und Ungarn leben heute jenseits der Grenzen ihres Mutterlandes. Und was den Serben in Kroatien recht ist, sollte auch den über anderthalb Millionen Albanern Kosovos billig sein.

Gerechte Trennungslinien zwischen Staaten zu ziehen, die weder auf der einen noch auf der anderen Seite Minoritäten übriglassen, ist auf der bunten Siedlungskarte Ost- und Mitteleuropas ein hoffnungsloses Unterfangen; die dilettantischen Friedensstifter nach dem Ersten Weltkrieg scheiterten an dieser Aufgabe, und auch die heutige internationale Gemeinschaft kennt da keine Rezepte. Immerhin hat die Aussenwelt, durch Schaden belehrt, die Bedeutung erkannt, die bei der Wahrung von Stabilität der gerechten Behandlung von Minoritäten zu

kommt. Eine Expertentagung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) wird sich demnächst in Genf – auf schweizerisches Betreiben hin – des Themas annehmen. Der Augenblick, manche widerspenstige, auf nationale Dominanz und Assimilationszwang bestehende osteuropäische Regierung auf Normen einer toleranteren Minderheitenpolitik zumindest zu verpflichten, ist günstig. Die politische Bedingung westlichen Bestands für die vom Kommunismus ruinierten Länder heisst Rechtsstaatlichkeit – mit allen Konsequenzen, die sie auch für die Minoritäten haben muss.

Wenig hilfreich, ja unverstänlich wirkt demgegenüber das Ceterum censeo von der Unveränderlichkeit der Grenzen. Staatssekretär Baker und den nach Belgrad pilgernden EG-Aussenministern, die alle in diesen Chor einfallen, sollte es zu denken geben, dass sie mit ihren Ratschlägen dem radikalen serbischen Nationalkommunisten Milosevic den Rücken stärken – wahrhaft keine schmeichelhafte Allianz. Der Wunsch der «Grossen», in den wenig frequentierten Nebenräumen des «europäischen Hauses» möge Ruhe herrschen, ist verständlich; dass aber mit Gewalt oder frommem Zuspruch nicht beisammengehalten werden kann, was nicht beisammenbleiben will, und dass der Versuch, ein auseinanderbrechendes Staatsgebilde zu retten, nicht Ruhe, sondern erst recht Unrast und Blutvergiessen erzeugt, dies erleben wir heute.

Rasch gezogene Parallelen mit dem Jahr 1914 («Pulverfass Europas») treffen glücklicherweise insofern nicht zu, als sich auf dem Balkan heute Grossmachtinteressen nicht im entferntesten im damaligen Ausmass kreuzen. Europa wird den kroatischen und slowenischen Willen zur Unabhängigkeit zur Kenntnis nehmen müssen. Dass die Grenzen auf dem Kontinent Bestand haben sollten, kann nicht ein Ziel an sich sein, sondern lediglich ein Mittel zur Friedensbewahrung. Die Festschreibung der Grenzen war seinerzeit an der KSZE eine Forderung der Sowjets zur Sicherung ihres 1945 errungenen Besitzstandes. Die Konferenz schloss aber friedliche Grenzveränderungen nicht aus. Das Mass, das sich westliche Betrachtungs-

## Verstärkter Grenzschutz Österreichs

Verletzung des Luftraums durch Flugzeuge der jugoslawischen Armee

dk. Wien, 28. Juni

Die österreichische Bundesregierung hat am Freitag die Schutzmassnahmen an den Grenzen zu Slowenien verstärkt. Verteidigungsminister Fasslabend bestätigte, dass Flugzeuge der jugoslawischen Armee mehrfach in das österreichische Hoheitsgebiet eingedrungen seien. Der jugoslawische Botschafter in Wien wurde dringend ins Aussenministerium zitiert. Es wurde ihm eine Note überreicht, in welcher Österreich energisch gegen die Verletzungen seines Luftraums protestiert, die sich vor allem in der Nähe des Grenzübergangsspielfelds in der Steiermark ereignet haben. Der österreichische Luftraum, so heisst es im Verteidigungsministerium, werde mit allen Mitteln verteidigt. Überwachungsflugzeuge markieren in Grenznähe Präsenz. Es stehen auch Abfangjäger einsatzbereit.

Verteidigungsminister Fasslabend gab bekannt, dass die Grenztruppen bis Freitagabend um etwa 3000 Mann verstärkt werden. Inzwischen ist auch eine Jagdpanzerereinheit in die betroffene Krisenregion verlegt worden. Auf Wunsch der Kärntner Landesregierung wurde am Abend ein verstärkter Assistenteneinsatz bewilligt, der mit 1550 Mann die Exekutive bei der Grenzüberwachung unterstützen soll.

und Handlungsweise unterlegt, kann – ob es um den jugoslawischen oder den sowjetischen Fall geht – nicht die Erhaltung föderativer Staatswesen um jeden Preis sein, sondern der Grad an Demokratie, den die sich abspaltenden Länder aufwiegen oder anstreben.

Hilfslosigkeit gegenüber dem südslawischen Drama, ohnmächtige Appelle an die Parteien, sich der Gewalt zu enthalten, zeigen indessen in diesen Tagen mit aller Deutlichkeit, welch weiter Weg zu einer «neuen Weltordnung» trotz allen Anstrengungen der KSZE zur Schaffung von Streitschlichtungsmechanismen selbst auf unserem Kontinent noch zurückzulegen bleibt. Kein gutes Vorzeichen für jene, die in der Konferenz bereits den Rahmen eines künftigen europäischen Sicherheitssystems erblicken wollen. A. O.

## Tagessinformation

**Massive Warnungen Bakers an Saddam**  
Staatssekretär Baker hat erklärt, das Verstecken von Atomwaffen könnte für den Irak ernsthafte Folgen haben. Seite 3

**Forderungen des VPÖD**  
An seinem viertägigen Kongress hat der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPÖD) in Davos eine Reihe von Gleichstellungs-, Mißbestimmungs- und radikalen Umweltschutzforderungen gestellt. Er sprach sich ferner für einen EG-Beitritt aus. Seite 21

**Ungebrochener Pioniergeist im Silicon Valley**  
Allen Zweifeln zum Trotz ist im Silicon Valley auch heute noch ein ausgeprägter Pioniergeist lebendig. Die Dynamik in diesem «Tal der Talente» zeigt, dass der technologische Wettlauf nicht allein von den Grosskonzernen und mit staatlicher Unterstützung gewonnen werden kann. Seite 33

**Kritik an Zürcher Stadtperrungsplänen**  
Zahlreiche Parteien und Verbände haben (fast ausschliesslich ablehnend) Stellung genommen zur Idee, als Antismogmassnahme die Zürcher Innenstadt für Motorfahrzeuge zu sperren. Seite 55

**Luc Roosen – der erwartete Tour-Sieger**  
Seit Montag gali es als nahezu sicher, was am Freitag auf der Offenen Rennbahn in Zürich Oerlikon Tatsache wurde: der Sieger der 55. Tour de Suisse heisst Luc Roosen. Die letzte Etappe stand im Zeichen einer Soloflucht des Italiener Stefano Colage. Seite 59

Inhaltsübersicht	Umfang	102 Seiten
Ausland	1-7	Sport 59-61
Wetter und Vermischtes	9, 11	
Inland	21-24	
Feuilleton	27	Beilagen:
Roman	28	Kunsthandel/
Radio und TV	29-32	Auktionen 13
Wirtschaft	33-39	Zeitrafen 25
Börsen	43-51	Themen u. Thesen
Stadt und Kanton Zürich	53-57	der Wirtschaft 41/42 Wochenende 85-90
Literatur und Kunst		65-70
Anzeigen-Überblick		Seite 2

## Nach Luftangriffen auf Flughäfen und Fahrzeugkolonnen

### Prekäre Waffenruhe in Slowenien Besetzung der Grenzposten durch die Armee

Der slowenische Präsident Kucan und der stellvertretende jugoslawische Verteidigungsminister Brovet haben einen Waffenstillstand vereinbart. Belgrad liess verlauten, die Streitkräfte des Bundes hätten die Kontrolle über die Grenzübergänge übernommen. Zuvor war es erneut zu heftigen Kämpfen zwischen Angehörigen der jugoslawischen Armee und der slowenischen Territorialverteidigung gekommen, bei denen es weitere Todesopfer gegeben hat. Am Freitag hat die jugoslawische Luftwaffe die Flugplätze von Ljubljana und Maribor bombardiert und offenbar auch Kolonnen von Fahrzeugen angegriffen.

C. Sr. Ljubljana, 28. Juni

Laut Angaben des slowenischen Informationsministers haben am Freitag, kurz nach zehn Uhr, Flugzeuge der jugoslawischen Luftwaffe den Flugplatz von Brnik, der etwa 30 Kilometer von Ljubljana entfernt liegt, angegriffen. Dabei wurde ein Hangar mit Flugzeugen der slowenischen Luftlinie «Adriatic Airways» sowie ein Flugzeug, das auf der Landebahn abgestellt war, beschädigt. Das Ziel dieser Aktion bestand offenbar darin, die blockierte Landepiste zu räumen. Etwas später meldete Radio Ljubljana auch einen Angriff auf den Flugplatz von Maribor.

#### Ungewisse Zahl der Opfer

Am Freitag vormittag attackierten Flugzeuge eine von der slowenischen Territorialverteidigung errichtete Sperre auf der Strasse von Ljubljana nach Zagreb sowie Kolonnen von Fahrzeugen in der Gegend von Sentilj in der Nähe der österreichischen Grenze. Bei diesem Angriff sind laut Angaben von Radio Ljubljana mindestens drei Personen ums Leben gekommen. Auch sei auf Zivilfahrzeuge geschossen worden. Nach Angaben des Informationsministers nimmt die Zahl jener ständig zu, die dem Aufruf der slowenischen Führung zum Verlassen ihrer Einheit Folge leisten. Weiter wurde am Freitag offiziell mitgeteilt,

dass in erbeuteten Panzern – und offenbar auch in einem Flugzeug – chemische Kampfwaffen gefunden worden seien.

Es ist unklar, wie viele Menschen bei den Zusammenstößen zwischen Einheiten der Bundesarmee und der slowenischen Territorialverteidigung in der Nacht auf den Freitag insgesamt ums Leben gekommen sind. Verteidigungsminister Jansa, der am Donnerstagabend im Fernsehen in Uniform auftrat, sprach von hundert Toten und Verletzten. Slowenien befindet sich, so sagte er wörtlich, im Krieg. Nach seinen Angaben sollen auch sechs Helikopter – einer von ihnen über Ljubljana – abgeschossen und fünfzehn Panzer erbeutet worden sein. Das Belgrader Verteidigungsministerium bestätigte lediglich die Zerstörung von zwei Helikoptern und den Tod von insgesamt fünf Personen. Auch seien bei den bewaffneten Zwischenfällen bisher nur wenige Personen ums Leben gekommen. Ungewiss war am Freitag auch lange, wie viele der insgesamt 27 slowenischen Grenzübergänge von der Armee und der Bundespolizei bereits besetzt waren und wer wo die Kontrolle ausübte. Die Angaben darüber gingen weit auseinander.

#### Slowenische Abzugsforderung

Präsident Kucan betonte am Freitag erneut, dass Verhandlungen nicht möglich seien, solange